

Besucheransturm auf Rostocker Rentengipfel

ALTERSVORSORGE Die Linke startet eine bundesweite Kampagne, mit der sie breite Bevölkerungsschichten für das Thema Rentengerechtigkeit gewinnen will.

VON ANDREAS ZECHER

ROSTOCK. In Sachen Rente lassen sich nicht nur die Alten hinter dem Ofen hervorlocken. Das konnte die Linke am Wochenende in Rostock feststellen. In den für ihren „Rentengipfel“ angemieteten Saal der Stadthalle mussten dutzendweise zusätzliche Stühle getragen werden, um dem Auditorium ausreichend Sitzgelegenheiten zu bieten. Am Ende wurde dessen Zahl mit mehr als 300 angegeben. Darunter viele, die vom Alter her noch im Arbeitsprozess stehen.

Martina Bunge, von 1998 bis 2002 linke Sozialministerin in Schwerin und nunmehr Bundestagsabgeordnete, verwies auf die Breite der ungeklärten Rentenfragen für Menschen mit einem Erwerbsleben Ost. Ihr Katalog reichte von Arbeitsverhältnissen im Gesundheits- und Sozialwesen über Bergleute in der Braunkohleleverdung bis hin zu Wissenschaftlern. Ungerechtigkeit wurde bei den Ver-

sorgungslösungen von Ballettmittgliedern ebenso ausgemacht wie bei selbstständigen Land- und Forstwirten, Handwerkern und mit helfenden Familienangehörigen. 17 Anträge hat die Linke im Bundestag zur Debatte gestellt. „Der Gesetzgeber ist laut Einigungsvertrag in der Pflicht, mit dem Renten- und Versorgungsunrecht in den neuen Länder Schluss zu machen“, so Bunge. Die Sache werde aber von CDU und SPD auf die lange Bank geschoben.

„Die Rente verliert für Beitragszahler in Ost und West ihren einstigen Sinn, den Lebensstandard zu sichern“, stellte Klaus Ernst, linker Bundestagsabgeordneter aus Bayern, fest. Die Armutsrente sei eine nicht hinnehmbare Perspektive, sagte er. Ihr müsse bereits über die Lohnentwicklung der Gegenwart der Kampf angesagt werden, so Ernst. Er machte deutlich, dass seine Partei die Rentenproblematik zum favorisierten Thema im anstehenden Bundestagswahlkampf machen werde. „Wir streben eine Erwerbstätigenversicherung an, in die alle einzahlen“, sagte er. Seine Partei wolle die Wähler davon überzeugen,

dass die Linke ein Gesamtkonzept zur Lösung der Rentenproblematik in der Tasche habe.

Unterstützung bei dieser Kampagne haben sich auch die Genossen aus dem Nordosten auf die Fahnen geschrieben. Der amtierende Vorsitzende der Linksfraktion im Landtag, Ex-Arbeitsminister Helmut Holter, zeigte sich in dieser Sache enttäuscht von SPD-Ministerpräsident Erwin Sellering. Der habe vor seiner Wahl den Mitgliedern der Lan-

des-SPD zugesagt, sich im Bund für eine schnelle Angleichung der Rentenbemessung Ost an die des Westens einzusetzen. Nun mache er einen Rückzieher nach dem ande-

ren, weil das Thema bei den SPD-Genossen im Westen angeblich nicht mehrheitsfähig sei. Holter verwies darauf, dass Armutsrenter im Nordosten bald eine Massenerscheinung sein würden. „Die gebrochenen und zerrissenen Arbeitsbiografien der Nachwende-Zeit werden eine Rentensituation hervorbringen, die nicht mit der zu vergleichen ist, die nach der Wiedervereinigung eintrat, als geschlossene Erwerbsbiografien die Regel waren“, sagte er mahnend.



Martina Bunge



Helmut Holter

FOTOS: IZL, ARCHIV

NK 26.01.09